

im FOKUS



Edt bei Lambach



Gesamtdeponiefläche
13,5 ha!

**SPÖ-Edt: Klares NEIN zur
Baurestmassendeponie in der
Ortschaft Kreisbichl**

www.edt.spooe.at



DER ORTSPARTEIOBMANN BERICHTET

Sehr geehrte Edterinnen und Edter!

In den letzten Wochen gab es intensive Diskussionen über die Errichtung eines von der Fa. Felbermayr geplanten Deponieparkes in Edt. Dieser soll zwei Deponien beinhalten,

eine für Bodenaushub mit 950.000 Kubikmeter und eine Baurestmassendeponie mit ebenfalls 950.000 Kubikmeter. Weiters sollen neben der B1 Gebäude für die Aufbereitung von Deponiematerialien errichtet werden.

Während des Betriebes und nach Fertigstellung der Deponie würde es zu unterschiedlichen Belastungen für Teile der Bevölkerung in unserer Gemeinde kommen, die direkt oder indirekt auf uns einwirken. Wir als SPÖ-Fraktion der Gemeinde fragen uns natürlich, warum wir nicht unverzüglich und umfassend informiert wurden? Welche Gründe gibt es dafür?

Wir werden jedenfalls nicht schweigen und Sie über das Vorhaben, soweit uns die Informationen zugänglich sind, möglichst umfassend informieren.

Baurestmassen sind kaum kontrollierbar

Baurestmassen sind an und für sich nicht zwingend belastet, weil sie meistens aus mineralischen Ausgangsstoffen hergestellt wurden. Aber in dieser Deponie sollen auch mit Mineralöl kontaminierte Erde, Hochofenschlacke und Asbestabfälle vergraben werden. Wobei die ersten beiden Produkte eine Gefahr für das Grundwasser darstellen können, wenn die Abdichtung der Deponie undicht wird, der darunter fließende Grundwasserstrom der Traun verunreinigt wird und das Trinkwasser danach nicht mehr genussstauglich ist.

Asbeststaub ist erwiesenermaßen stark krebserregend, sodass aufgrund der Nähe zum Siedlungsgebiet die Deponierung von Asbestprodukten entschieden abzulehnen ist. Durch Windverfrachtung besteht die Gefahr, dass diese Partikel in die Siedlungen und somit in unsere Gärten gelangen. Am Rande der Deponie befindet sich noch dazu das Europaschutzgebiet. Dieses ist laut Experten besonders schützenswert. Eine Deponie widerspricht den Interessen des Schutzgebietes ebenfalls.

Wir würden neben einer tickenden Umwelt-Zeitbombe leben

Unsere Gemeinde ist durch die gut erschlossene Infrastruktur für Firmen ein interessanter Standort.

Voraussetzung ist aber, dass die Flächen sinnvoll und langfristig genutzt werden können. Schottergruben hinterlassen nach ihrer Ausbeutung nutzlose Löcher in der Landschaft. Deponien sind außerdem tickende Zeitbomben. Sie müssen daher an Orten errichtet werden, die über einen geeigneten undurchlässigen Untergrund verfügen, abseits von Wohnsiedlungen und Firmen liegen und nicht das Grundwasser von tausenden Menschen gefährden. Für Edt treffen diese Erfordernisse nicht zu!

Als Negativbeispiel für ungeplante Zwischenfälle kann die Deponie in Ohlsdorf angeführt werden. In dieser wurden illegal Pflanzenschutzmittel beseitigt und damit das Trinkwasser der Gemeinde verseucht. Bis heute kämpft die Gemeinde vergebens um eine Entschädigung. Wahrscheinlich bleiben die Kosten wieder einmal am Steuerzahler hängen.



Maximilian Tiefenthaler
Ortsparteivorsitzender

Zur Chronologie des Deponieparkes Erste Kontakte im Frühjahr 2016

• Im Frühsommer 2016 beantragte die Firma Felbermayr, dem Bauausschuss der Gemeinde Edt die Planung einer Baurestmassendeponie in der bereits bestehenden Schottergrube präsentieren zu können. Die Überlegungen wurden am 22.9.2016 anhand einer Power-Point-Präsentation vorgestellt. Im Zuge der Sitzung stellten sich viele Fragen, z.B. über das Ausmaß der Ablagerungen, wie viele LKW-Fahrten zusätzlich entstehen würden, wie die Grube abgedichtet werden soll usw. Anzumerken ist, dass damals von 350.000 Kubikmeter gesprochen wurde. Im nunmehr vorliegenden Projekt wurden 950.000 Kubikmeter beantragt! Und das vermutlich auch nur deswegen, weil ab einer Grenze von 1 Million Kubikmeter eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist und die Anrainer deswegen weniger Rechte im Verfahren haben.

- Da sich die Ausschussmitglieder kein Bild über eine Baurestmassendeponie machen konnten, kam vom Bürgermeister Max Riedlbauer der Vorschlag, einen Lokalausweis bei der bereits in Betrieb befindlichen Deponie Wels Nord durchzuführen. Dieser erfolgte einige Wochen später.

- Bei der Ausschusssitzung versicherten die Vertreter der Firma Felbermayr, dass es nur um eine Vorstellung des Vorhabens und um Sondierungen gehe und das Projekt auf keinen Fall gegen den Willen der Gemeinde durchgezogen werde.

- Weiters wurde vereinbart, dass nach dem Lokalausweis weitere Beratungen folgen sollen. Zu diesen kam es jedoch nicht mehr.

Wie ging es weiter?

- Im Jahr 2017 stellte die Firma Felbermayr die Errichtung einer Asphaltmischanlage und/oder Brechanlage zur Diskussion, wobei es aber dafür keinen Antrag an den zuständigen Ausschuss gab.

- Am 26.04.2018 erkundigte sich Gemeindevorstand Maximilian Tiefenthaler beim Bürgermeister im Rahmen einer Gemeinderatssitzung, ob es bezüglich der Baurestmassendeponie noch Aktivitäten von der Firma Felbermayr gäbe. Dies wurde verneint.

2019 ging alles ganz schnell

- Am 9.1.2019 langten die Unterlagen betreffend das Deponieprojekt am Gemeindeamt ein. Der Verhand-

lungstag wurde an der Amtstafel öffentlich kundgemacht. Weil Fristen nicht eingehalten wurden, wurde der ursprüngliche Verhandlungstermin, der für 4.2.2019 vorgesehen war, auf den 26.03.2019 verschoben.

- Am 14.2.2019 wurden vom Fraktionsobmann der SPÖ, Reinhold Puchinger, im Zuge einer stattfindenden Jahreshauptversammlung Informationen über das ausgeschriebene Projekt beim Vizebürgermeister Ing. Alexander Bäck eingefordert. Die Frage, ob die Gemeinde beim Verfahren eine Parteistellung hat, wurde mit einem Nein beantwortet. Später stellte sich heraus, dass die Gemeinde als „Betroffener“ natürlich Parteistellung hat.

- Am 26.2.2019 fand eine Bauausschusssitzung statt, in der das von der Firma Felbermayr eingereichte Deponieprojekt diskutiert wurde. Nach intensiver Beratung haben sich die Mitglieder des Ausschusses einstimmig gegen das Projekt ausgesprochen.

- Die Bürgerinitiative „Zukunft Edt“ hielt am 15.3.2019 eine kurzfristig vorbereitete, aber äußerst gelungene und informative Veranstaltung über das geplante Deponievorhaben ab. Den verantwortlichen Organisatoren Herrn DI Arthur Kratochwil und Herrn Christoph Strebinger gebührt größter Dank. Das VZ KOMEDT war zum Bersten voll, das Projekt wurde von der Bevölkerung mit größter Entschiedenheit abgelehnt.

Gemeinderatssitzung vom 19.2.2019 - Dringlichkeitsanträge der SPÖ-Fraktion

Der Gemeinderat verfügte vor der Sitzung über keinerlei Informationen über das Projekt. Die SPÖ-Fraktion stellte daher buchstäblich in letzter Stunde zwei Dringlichkeitsanträge. Der erste Antrag sollte Klärung in der Frage bringen, ob es zwischen der Bauausschusssitzung im September 2016 und dem 9.1.2019 Gespräche zwischen der Firma Felbermayr und dem Herrn Bürgermeister oder Gemeindevertretern gegeben hat. Eventuelle Kontakte wurden von Herrn Bürgermeister in Abrede gestellt.

Im zweiten Dringlichkeitsantrag verlangten wir, dass sich die Gemeinde bei der Verhandlung von einem auf diesem Spezialgebiet erfahrenen Rechtsanwalt vertreten lässt, weil dadurch unsere Chancen, eine Ablehnung des Projektes zu erreichen, steigen würden. Letztlich wurde Dr. Blum aus Linz beauftragt, weil er uns bereits im Verfahren „Umfahrung“ sehr erfolgreich vertreten hat. Beide Anträge wurden vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 13 „Stellungnahme der Gemeinde Edt bei Lambach zum Vorhaben Baustoffrestmassendeponie in der Ortschaft Kreisbichl“ wurde vom Gemeinderat nur mehrheitlich angenommen, weil sich ein Mandatar der ÖVP der Stimme enthielt. Die ursprünglich angedachte Stellungnahme wurde vom Amtsleiter erstellt und in dieser wurden technische Details sehr ausführlich behandelt.

Was wäre passiert, wenn die Gemeinde Edt keine Rechtsvertretung in Anspruch genommen hätte? Seitens der Gemeinde wäre nur die im Gemeinderat mehrheitlich beschlossene Stellungnahme beim Verfahren eingebracht worden. Somit wäre es unterlassen worden, unsere Vorbringen mit rechtlichen Aspekten zu untermauern. Dadurch hätten wir uns im Verfahren vieler Möglichkeiten beraubt.

Der Antrag der Bürgerinitiative an den Gemeinderat musste (leider) aus formalen Gründen zurückgewiesen werden.

Baurestmassen-Vergrabungsprojekt - was fordern wir?

Wir fordern, dass die Firma Felbermayr die ehemals bewilligte Schottergrube wie geplant ausbeutet und dann die bescheidenmäßig aufgetragenen Rekultivierungen vornimmt. Soweit möglich, könnte bzw sollte das Areal wieder landwirtschaftlich genutzt werden. Die Böschungen sollen wie geplant, mit standortüblichen Gewächsen bepflanzt werden, damit die Flora und Fauna einen Teil des zerstörten Lebensraumes zurückbekommt.

Resümee

Das Projekt soll und muss verhindert werden, weil es auf längere Sicht schon wegen des Untergrundes keine Garantie gibt, dass die Deponie dicht bleibt. Im Gegenteil, es ist mit größter Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass es in den nächsten - sagen wir 80 Jahren - also in einer Zeit, in der unsere Enkel noch leben - zu Zwischenfällen kommen wird. Eine Abdichtung ist zwar geplant, aber wie lange diese hält, kann niemand voraussagen.

Beispielsweise hat die verwendete Plane zur Abdichtung nur eine Lebensdauer von 50 Jahren! Kontaminiertes Wasser aus der Deponie würde durch den darunter liegenden Schotter innerhalb kurzer Zeit im Grundwasserstrom der Traun landen. Dadurch wären sämtliche Trinkwasserbrunnen in Richtung Ortschaft Saag und das Trinkwasser der Gemeinde Gunskirchen mit knapp 6.000 Einwohnern auf Dauer

massiv gefährdet und nach einem Zwischenfall allenfalls nicht mehr verwendbar. Dies in einer Zeit, wo Wasser immer kostbarer wird.

Der Schutz des Wassers steht im Verfassungsrang (vgl. BGBl. I Nr. 111/2013). Die Republik Österreich (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich zur Wasserversorgung als Teil der Daseinsvorsorge und zu ihrer Verantwortung für die Sicherung deren Erbringung und Qualität.

Unsere Generation hat gegenüber ihren Nachkommen die Pflicht, bewusst und respektvoll mit der Natur umzugehen, um einen intakten Lebensraum zu hinterlassen. Darum werden wir darauf einwirken, dass alle rechtlichen Möglichkeiten bis zur letzten Instanz ausgeschöpft werden, um die Deponie zu verhindern. Es liegt in der Verantwortung des Unternehmens, einen tatsächlich geeigneten Platz für das Vorhaben zu finden, was gar nicht so leicht ist. In Kreisbichl liegen die Voraussetzungen schon wegen des Schotteruntergrundes und der sonst genannten Gründe jedenfalls nicht vor.



Foto vom vollen VZ KOMEDT bei der Informationsveranstaltung der BI "Zukunft Edt"

Foto: BI "Zukunft Edt"



Am Bild die SPÖ-Fraktion, von links nach rechts:
Markus Schröder (Gemeinderat),
Reinhold Puchinger (Fraktionsobmann),
Hannes Schmidhuber (Gemeinderat),
Renate Palmstorfer (Gemeinderätin) und
Maximilian Tiefenthaler (Gemeindevorstand)

"Auch wenn manche glauben man kann nichts dagegen tun, werden trotzdem alle Möglichkeiten ausgeschöpft, diese Deponie zu verhindern. Wir sind es den nächsten Generationen schuldig", meint Reinhold Puchinger.

Impressum

Herausgeber & Verleger: SPÖ - Edt, Ortsparteiobmann Maximilian Tiefenthaler, MBA MPA, Schneiderweg 2, 4650 Edt bei Lambach
Blattlinie: Information rund um das Geschehen in Edt, die Landes-, Bundes- und Europapolitik. Fotos SPÖ
Redaktion SPÖ Organisation Edt. Alle Urheberrechte liegen, sofern nicht anders gekennzeichnet, beim Herausgeber.